



# Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt den Schäuble angeschoben!

Der Tarifkonflikt für die rund 2,1 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen ist beigelegt. Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten sich auf Lohnerhöhungen von etwa 7,9 Prozent in zwei Jahren, aber auch auf die Verlängerung der Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Stunden. Die Löhne und Gehälter bei Bund und Kommunen steigen im laufenden Jahr um 3,1 Prozent sowie um einen Festbetrag von 50 Euro. Letzterer kommt vor allem Geringverdienern zugute. Die Erhöhung soll in Westdeutschland ab dem 1. Januar, im Osten erst zum 1. April wirksam werden. Anfang 2009 gibt es weitere 2,8 Prozent sowie eine Einmalzahlung von 225 Euro. Die Gewerkschaften hatten ursprünglich acht Prozent, mindestens aber 200 Euro bei einer zwölfmonatigen Laufzeit gefordert.

## So ein Ergebnis ohne Streik – das hatte kaum jemand erwartet

Wie konnte dieses Ergebnis zustande kommen? Die hohe Streikbereitschaft der Beschäftigten, die schon während der Warnstreiks deutlich wurde und die breite Solidarität der Bevölkerung mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben dazu beigetragen. Wie sonst ist es zu erklären, dass ein Hardliner wie Schäuble plötzlich zu Zugeständnissen bereit war. Die oft tot gesagte Stärke der Arbeiterklasse existiert. Der hohe Streikwille war für die Arbeitgeber ein offenbar unkalkulierbares Risiko.

Hinzu gekommen wären gemeinsame Streikaktivitäten des Öffentlichen Dienstes mit der Post und dem Einzelhandel. Ein

weiteres Risiko, das die Arbeitgeber fürchteten und das zeigt, es wäre wohl auch mehr drin gewesen.

## Denn: Der Abschluss heißt auch: Große Kröten werden geschluckt

Ein falsches Zugeständnis machten die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit, die in den Kommunen Westdeutschlands von 38,5 auf 39 Wochenstunden angehoben wird. Das zu verhindern war das erklärte Ziel der Gewerkschaft. Im Falle eines Streiks wäre dies sicher möglich gewesen. Von der Arbeitszeiterhöhung verschont bleiben die Klinikbelegschaften. Ihnen wird aber die einprozentige Leistungskomponente gestrichen, die Krankenhauszulage um zehn Euro gekürzt. Angesichts der ➔

enormen Arbeitsbelastung in den Krankenhäusern ist dies nicht hinnehmbar, die KollegInnen sind zu recht sauer.

### Stimmt ab! Die Beschäftigten sind gefragt

In einer Befragung, die bis zum 11. April in den Betrieben läuft, sollen nun die ver.di-Mitglieder zu Wort kommen. Allerdings soll hier eine Zustimmung von 25 Prozent für die Annahme des Ergebnisses ausreichen. Dabei sollte niemand vergessen, dass dieser Abschluss die Verluste der vergangenen Jahre bei weitem nicht ausgleicht. Eine Laufzeit von 2 Jahren und eine Arbeitszeiterhöhung bedeuten auch auf Perspektive nicht mehr Geld und vor allem noch mehr Arbeitsplatzabbau auf den Knochen von Müllwerkern, Busfahrern und anderen Beschäftigten.

Anzeige

### Das Geheule der Arbeitgeber zurückweisen, Geld ist genug da!

Die Streikbereitschaft hat die Arbeitgeber geängstigt und zu Zugeständnissen gezwungen, das ärgert sie. Darum wollen sie jetzt den Spieß umkehren. Der Abschluss soll jetzt schuld sein an Gebührenerhöhungen und leeren Kassen. Kein Wort darüber, dass Bundes- und Landesgesetze den großen Konzernen erlauben, keine Gewerbesteuer zu zahlen und damit die Kommunen pleite machen. Kein Wort darüber, dass Bund und Land den Kommunen immer neue Aufgaben aufdrücken ohne für die Finanzen zu sorgen. Und erst recht schweigen darüber, dass die Politik der Stadt Essen Konzernen Millionen schenkt (Steag / Evonik) bzw. in Hochglanzprojekte „buttert“. Geld ist also genug da.

Anzeige

## UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



# UZ

### Rote Fahnen sieht man besser

Jetzt 10 Wochen kostenlos zur Probe bestellen!

Name

Vorname

Alter

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH  
Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen  
Fax: 0201-24 86 484  
www.unsere-zeit.de



Bürgerhaus Oststadt ★ Beginn: 19.00 ★ Einlass 18.00 Uhr Begrüßung durch Patrik Köbele, Ratscherr der DKP **con>sensu** Reggae/Dub/Polka/Folk die > Reggae > Dub > Polka > Folk > Band  
Türkische Tanzgruppe ★ Essen & Trinken zu volkstümlichen Preisen Politik, Schwoof  
Karten im Vorverkauf: 5 € Abendk.: 6 € erm.: 3 € ★ DKP Essen, Hoffnungstr. 18  
Tel.: 0201-23 56 45 [www.dkp-essen.de](http://www.dkp-essen.de) ★ [dkp.essen@dkp-essen.de](mailto:dkp.essen@dkp-essen.de)

# DKP